

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 248 (1975)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1973 bis 31. Mai 1974)

Am 6. Oktober 1973 feierte ganz Israel den hohen jüdischen Festtag der Versöhnung, Jom Kippur. Ägypten und Syrien, im Sechstagekrieg von 1967 von Israel vernichtend geschlagen, seit langem darauf bedacht, die von Israel besetzten Gebiete wieder zurückzuerobern, machten sich die friedliche Atmosphäre jenes Tages zunutze. Sie überfielen überraschend ihren Nachbarn am Suezkanal und auf den Golanhöhen. Es gelang den Ägyptern, auf der Sinai-Halbinsel wesentliche Einbrüche in die israelische Front zu erzielen, und auch die Syrer konnten Geländegegenwinne melden. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es Israel, seine Mobilmachung erfolgreich abzuschliessen und Gegenangriffe aufzubauen.

Es war verständlich, dass sich die UNO sofort mit dem Geschehen im Nahen Osten zu befassen begann; denn es lag durchaus im Bereich des Möglichen, dass sich der Konflikt über seine lokalen Grenzen hinaus zu einem allgemeinen Krieg hätte entwickeln können. So versetzten, um ein Beispiel zu nennen, die Russen und die Amerikaner um den 25. Oktober weltweit Truppenteile in Alarmbereitschaft. Der am 22. August ernannte neue Aussenminister der USA, Henry Kissinger, erhielt Gelegenheit, hier sein Gesellenstück zu zeigen. Es gelang ihm, mit der sowjetischen Führung eine gemeinsame Grundlage für einen Waffenstillstand im Nahen Osten auszuhandeln, der Ende Oktober in Kraft trat. Zum erstenmal seit 1956 trafen sich israelische und ägyptische Offiziere zu gemeinsamen Gesprächen über den Austausch von Gefangenen. Gegenwärtig ist das Verhältnis zwischen Israel und Ägypten wesentlich besser, als es während langer Jahre zuvor gewesen ist. Hingegen dauern die Kämpfe um die syrisch-israelische Grenze an, und arabische Freischärler scheuen keine Grausamkeit und keine Gemeinheit, um zu versuchen, Israel in die Knie zu zwingen. Dass Gemeinheiten wie der Terroristenüberfall mit

Geiselnahme auf eine Schule, der vielen Kindern das Leben kostete, von den arabischen Regierungen nicht nur geduldet, sondern noch unterstützt werden, erfüllt jeden halbwegs normalen Menschen mit Abscheu und Ekel. Die hohe Politik der UNO ist jedoch offensichtlich nicht in der Lage, hier Abhilfe zu schaffen, vielleicht wegen der Unfähigkeit und Unmenschlichkeit der sogenannten Diplomaten, vielleicht aber auch, weil sich unter den rund 140 Mitgliedern der UNO eine Mehrheit von Staaten befindet, deren Angehörige ihrerseits noch kaum über den Zustand von Halbwilden hinausgelangt sind.

* * *

Eine weitere Folge hatte der Krieg im Nahen Osten. Kurz nach dem Waffenstillstand beschloss nämlich die Organisation arabischer Ölexportländer (OAPEC) in Kuwait, den Erdölhahn zuzudrehen, d. h. die Produktion von Erdöl so lange einzuschränken, bis Israel die im Sechstagekrieg von 1967 besetzten Gebiete wieder herausgeben würde. Im besonderen richtete sich der Boykott gegen die USA und die Niederlande, denen eine ausgesprochen israelfreundliche Haltung nachgesagt wurde. Die Folgen dieser höchst simplen Massnahme waren erstaunlich. Als hätte man in ein Wespennest gestochen, erhoben sich von allen Seiten Proteste. Westliche Diplomaten, die früher einen Araber kaum angesehen hatten, bemühten sich um Kontakte mit den glücklichen Erdölbewohnern und versuchten für ihr Land soviel als möglich von dem kostbaren Saft zu erhalten. Mit einem Mal stellte man auch in der Schweiz fest, in welch unglaublichem Mass wir in den letzten Jahren vom Erdöl abhängig geworden sind, gehe es nun um Benzin für unser Auto oder um Kehrichtsäcke aus Plastik, zu deren Herstellung eben auch Erdöl verwendet werden muss. So heiss wie sie eingebrockt war, wurde aber die Suppe auch hier nicht gelöffelt. Auch die Araber sahen plötzlich ein, dass es sich mit den hohen Erdöleinnahmen doch besser leben lässt als ohne sie, und so hoben sie denn sukzessive die Einschränkungen wieder auf. Hoffen wir, dass in der Schweiz der Warn-

schuss vor den Bug nicht ungehört verhallt. Weniger Autofahren, mehr Benzin sparen, dem Bau von Atomkraftwerken keine Schwierigkeiten in den Weg legen, weniger hohe Raumtemperaturen in Büros und Wohnungen festsetzen, das alles sind Einschränkungen und Massnahmen, die jeder Bürger selbst treffen kann und die mithelfen, unsere Abhängigkeit vom Erdöl erträglicher zu gestalten.

* * *

Es ist interessant festzustellen, dass das Berichtsjahr aussergewöhnlich reich an Regierungsumbildungen und -umstürzen war. Die Serie dieser Ereignisse begann bereits im Juni in Griechenland, wo Ministerpräsident Papadopoulos die Absetzung des im Exil lebenden Königs Konstantin bekanntgab. Das griechische Volk stimmte der Umwandlung der Monarchie in eine Republik zu. Im Juli erhielt Italien einmal mehr eine neue Regierung, und in Argentinien trat Präsident Campora zurück. Im September wird die Linksregierung Allende in Chile gestürzt und die Macht durch das Militär übernommen. Der greise Juan Perón wird argentinischer Präsident. Im Oktober tritt die norwegische Regierung nach den Parlamentswahlen zurück, im November folgt die dänische. Die Armee stürzt in Griechenland das Regime Papadopoulos. Ende Dezember fällt der erst seit dem 8. Juni als Nachfolger von General Franco im Amte stehende spanische Ministerpräsident Carrero Blanco einem Sprengstoffattentat baskischer Extremisten zum Opfer. Das neue Jahr bringt vorerst eine Regierungskrise in Belgien, dann folgen die Parlaments-

auflösung und die Neuwahlen in England, in Israel bricht im Gefolge der Kriegsereignisse eine Führungskrise aus, Äthiopien wird von einer Militärrevolte erschüttert. Mitte März erhält Italien schon wieder eine neue Regierung, und anfangs

April stirbt der französische Präsident Pompidou. Längere Zeit schon hatte es auch in Portugal gegärt, wo namentlich Uneinigkeit über die Fortführung des Kampfes um die noch verbliebenen portugiesischen Kolonien zu Streitigkeiten führte. Am 25. April in der Frühe übernahmen Armee-Einheiten daraufhin in Portugal die Macht. Ministerpräsident Gaetano erklärte seinen Rücktritt. Das Mass voll machte dann der überraschende Rücktritt Bundeskanzler Brandts in der Bundesrepublik Deutschland, der im Zusammenhang mit einer Spionageaffäre erfolgte.

* * *



Ernst Brugger
Bundespräsident für das Jahr 1974
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Der Chronist hat letztes Jahr geschrieben, in den Vereinigten Staaten sei noch kein Ende der soge-

nannten Watergate-Affäre abzusehen, und es liesse sich auch nicht sagen, wie Nixon selbst die laufenden Untersuchungen überstehen würde. Heute muss das alles noch einmal wiederholt werden. Das Trauerspiel dauert an. Untersuchungsausschüsse verlangten vom Präsidenten die Herausgabe der Tonbänder, auf denen er seine Unterhaltungen mit seinen Mitarbeitern und Gästen festhalten liess. Nixon erklärte sich endlich bereit, Abschriften von solchen Tonbändern herauszugeben, aber das genügte dem Untersuchungsausschuss wieder nicht. So steht denn gegenwärtig der Präsident unter der Dro-

hung, dass gegen ihn ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden soll. Wie lange unter diesen Umständen Nixon noch ausharren wird, ist nicht auszumachen. Es scheint heute, dass er nicht nur sich selbst, sondern dem ganzen Volk einen Dienst erweisen könnte, wenn er von sich aus zurücktrate. Am 10. Oktober trat auch noch der Vizepräsident, Spiro Agnew, zurück, oder besser, musste zurücktreten, weil er in seinem Heimatstaat wegen Steuerhinterziehung und un durchsichtiger Geschäfte verurteilt worden war. Das trug auch nicht gerade zu einer Festigung des Vertrauens in die Regierungstätigkeit Nixons bei. Nachfolger Agnews wurde Gerald Ford. Dass es unter den geschilderten Umständen schwerhält, im Innern und gegen aussen eine Politik der Stärke zu führen, liegt auf der Hand. Ausgerechnet in einer Zeit, in der es darauf ankäme, dass die Vereinigten Staaten einen starken Präsidenten hätten, werden fast alle Kräfte darauf verwendet, eine an sich zwar unerfreuliche und unsaubere, aber doch nicht weltbewegende

Geschichte abzuklären. Als ein Glücksfall darf es bezeichnet werden, dass der neuernannte Außenminister Kissinger ein besonderes Geschick für Verhandlungen an den Tag legt; so ist es zum mindesten in der Außenpolitik gelungen, ein Stück weit an der Führerrolle der Vereinigten Staaten festzuhalten. Im übrigen kämpft das Land ganz ähnlich wie die Schweiz mit den Folgen einer steigenden Inflation und vor allem auch mit den Schwierigkeiten, die eine extreme Zinserhöhung mit sich bringt.

* * *

Die *Bundesrepublik Deutschland* blickt auf ein bewegtes Jahr zurück. Immer deutlicher zeigte es sich, dass die aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Demokraten zusammengesetzte Regierung von Bundeskanzler Brandt nicht mehr an ihre Erfolge im Vorjahr anknüpfen konnte. Es gab verschiedene Gründe dafür. Einmal hatte Brandt mit Opposition in den eigenen Reihen zu kämpfen, namentlich mit den Jungsozialisten, die fanden, Brandt steuere zuwenig weit links. Dann hatte die Erdölkrisse auch in der Bundesrepublik wirtschaftliche Folgen. Eine ganze Reihe von Betrieben sah sich gezwungen, Kurzarbeit anzuordnen, wodurch die Zahl der Arbeitslosen, namentlich diejenige der Teilarbeitslosen, stark anstieg. Ferner gab die Entwicklung des Verhältnisses zu der Deutschen Demokratischen Republik zu Sorgen Anlass. Was die Kritiker der von Brandt geförder ten Öffnung nach dem Osten hin schon immer befürchtet hatten, trat ein: Die DDR befolgt unbekümmert umschöne Worte von Zusammenarbeit und um Vorleistungen der westlichen Seite ihre eigene sture Politik der Unterdrückung im eigenen Land. Nach wie vor steht die Mauer, die geradezu zum Symbol der östlichen Unfreiheit geworden ist, nach wie vor werden Flüchtlinge nach dem Westen erschossen, nach wie vor legt man in der DDR Besuchern aus dem Westen Schwierigkeiten in den Weg. Wie raffiniert man auch in Spionagefragen vorgeht, zeigte der Fall Guillaume. Vor einigen Jahren schon war Gün-



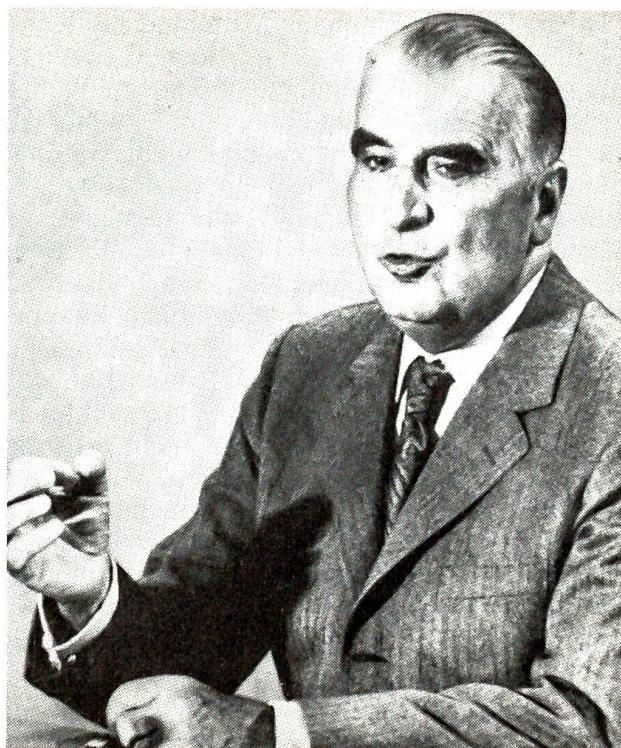
Der neue Nahostkrieg vom Oktober 1973
Ein Bild vom syrischen Kriegsschauplatz
Photopress-Bilderdienst, Zürich

ter Guillaume, getarnt als Ostflüchtling, in der Bundesrepublik aufgetaucht. Durch sein gewinnendes Wesen, durch sein Bekenntnis zum westlichen Sozialismus und durch andere Fähigkeiten gelang es ihm in recht kurzer Zeit, über eine Karriere in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Anstellung im Kanzleramt zu erlangen. Seit 1972 war er als persönlicher Referent Brandts tätig, war also gewissermassen dessen rechte Hand. Auf vielen Bildern aus dem Wahlfeldzug von 1972 findet sich die Person Guillaumes in unmittelbarster Nähe des Kanzlers. Die Enthüllung dieses Spionageskandals nahm Brandt zum Anlass, seinen Rücktritt einzureichen. Es scheint, dass für Brandt diese Affäre in gewissem Sinne recht gelegen kam. Jedenfalls war sie wohl nur noch der letzte Anstoss, einen bereits gefassten Entschluss in die Tat umzusetzen. Der Erfolg des ostdeutschen Spionagedienstes mahnt zum Aufsehen; nicht wegen der Tatsache, dass der Osten spioniert – das ist soweit normal und gehört in unserer Zeit zu den Sitten und Gebräuchen zwischenstaatlicher Beziehungen –, sondern wegen des geradezu unglaublichen Versagens der westdeutschen Spionageabwehr.

Als Nachfolger Brandts wurde im Mai der bisherige Finanz- und frühere Verteidigungsmünister Helmut Schmidt gewählt, dem der Ruf eines fähigen Organisators und eines Mannes von starkem Willen und grosser Entschlusskraft vorangeht. Schon gegen Ende des letzten Jahres hatte der bisherige Bundespräsident Gustav Heinemann altershalber seinen Rücktritt auf das Ende der Amtsperiode erklärt. An seiner Stelle wurde im Mai der bisherige Aussenminister und Baumeister der Ostverträge, Walter Scheel, gewählt. Er gehört der Freien Demokratischen Partei an.

* * *

Hervorstechendstes Ereignis in *Frankreich* war der Tod von Staatspräsident Georges Pompidou. Seit einiger Zeit schon wusste man um seine Erkrankung, ohne indessen zu ahnen, welcher Art und wie schwer sie sei. Nur er selbst und seine Ärzte wussten, dass er vom Tode ge-



Frankreichs Staatschef gestorben
Am 2. April 1974 verstarb Präsident Georges Pompidou,
Staatschef unseres Nachbarlandes Frankreich.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

zeichnet war. Mit einer unglaublichen Energie und einer bewundernswerten Haltung trug Pompidou sein Schicksal, führte seine Amtsgeschäfte weiter, ja besuchte noch kurz vor seinem Tod in offizieller Mission Russland. Am 2. April starb er im Alter von erst 63 Jahren, ein wahrer und beeindruckender Diener seines Landes. Unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung fand die Abdankungsfeier in der Notre-Dame de Paris statt.

Um seine Nachfolge erhoben sich sofort heftige Kämpfe, wobei es als besonders schockierend empfunden wurde, dass der frühere Ministerpräsident Pompidous, Chaban-Delmas, sich bereits als sein Nachfolger empfahl, bevor Pompidou bestattet war. Nach Abschluss der Meldefrist lagen zwölf Kandidaturen vor, von denen allerdings nur drei eine Chance hatten: Jacques

Chaban-Delmas, François Mitterand als Kandidat der Linken und Valéry Giscard d'Estaing, der bisherige Finanzminister. Im ersten Wahlgang am 5. Mai erreichte keiner der Kandidaten das absolute Mehr. Im zweiten Wahlgang am 19. Mai war die Entscheidung ganz aussergewöhnlich knapp: Mit 50,7% der abgegebenen Stimmen gewann Giscard d'Estaing das Rennen vor seinem Gegenspieler Mitterand, der auf 49,3% kam. Dieses aussergewöhnlich knappe Ergebnis wird sich auf die Regierungstätigkeit des neu gewählten Präsidenten auswirken. Es zeigt sich eindeutig, dass das Volk in Frankreich mit dem bisher gesteuerten Kurs nicht mehr in allen Teilen zufrieden ist und eine Änderung wünscht. Die Zukunft wird weisen müssen, ob Giscard d'Estaing, ein hochintelligenter und sehr fähiger Politiker, diese schwierige Aufgabe lösen können.

* * *

Ebenfalls ein bewegtes Jahr hat *England* hinter sich. Schon gegen den Herbst hin machten sich Anzeichen einer Verschlechterung der Wirtschaftslage geltend. Die «Englische Krankheit», nämlich der Streik, brach für einmal bei den Bergarbeitern aus, denen nach ihrer Ansicht zu geringe Löhne gezahlt wurden. Premierminister Heath blieb hart, obwohl der Streik der Bergarbeiter die Energieproduktion und damit die Produktion von Wirtschaftsgütern überhaupt zum Erliegen zu bringen drohte. Heath ordnete scharfe Einschränkungsmaßnahmen an; unter anderem wurde die Dreitagewoche eingeführt, da für eine fünftägige Beschäftigung der Arbeitnehmer nicht mehr genügend Kohle und Strom vorhanden war. Anfangs Februar entschloss sich Premierminister Heath, das Parlament aufzulösen und auf Ende Februar Neuwahlen auszuschreiben. Das Ergebnis dieser Neuwahlen war, ganz ähnlich wie in Frankreich, durchaus nicht eindeutig. Zwar blieben die Konservativen mit 38,1% der Wählerstimmen nach wie vor die stärkste Partei, doch büssten sie gegenüber den Wahlen von 1970 über 8% ein. Dicht auf den Fersen folgte ihnen die Labour-

partei, die 37,2% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Auch diese Partei musste gegenüber 1970 eine Einbusse in Kauf nehmen; hingegen waren die Liberalen die grossen Gewinner, da sie ihren Stimmenanteil von 7,4% auf 19,3% erhöhen konnten. Das nützte ihnen indessen bei dem traditionellen Zweiparteiensystem der Engländer nichts. Heath versuchte vorerst eine Regierung zu bilden, doch musste er nach kurzer Zeit einsehen, dass seine Mehrheit zu knapp war, um regieren zu können. So gelangte denn nach langer Pause wieder einmal die Labourpartei ans Ruder. Premierminister Harold Wilson einigte sich rasch mit den streikenden Bergarbeitern, so dass man wieder zur Tagesordnung übergehen konnte. Es sind aber nicht nur Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes, die der Regierung Wilson zu schaffen machen werden. Insbesondere ist auch das Verhältnis zu Nordirland nicht bereinigt. Dort hatte ein Versuch, im Parlament auch die katholische Minderheit zum Zuge kommen zu lassen, zu schweren Ausschreitungen protestantischer Extremisten geführt, so dass sich nachgerade bürgerkriegsähnliche Zustände entwickeln. Eine Gefahr dieser nun schon seit Jahren andauernden Unsicherheit liegt vor allem darin, dass eine ganze Generation von Kindern aufwächst, die von allem Anfang an an Beispielen belehrt wird, dass auch Mord und Totschlag erlaubt seien, wenn es um die Verteidigung einer sogenannten gerechten Sache gehe.

* * *

Es ist fast eine Tradition geworden, dass der Chronist seinen Bericht über die Ereignisse in der *Schweiz* mit einem Klagelied über die Inflation beginnen muss. Rückblickend stellt er fest, dass schon vor über zehn Jahren über die Teuerung gejammt wurde, die sich damals in der Grössenordnung von 4–5% pro Jahr bewegte. Einige Jahre später gelang es, den Prozentsatz auf rund 2,5 herunterzudrücken, doch stieg er von dort an weiter. Ende Januar 1974 wurde ein Rekordteuerungssatz von 11,6% verglichen mit Januar 1973, erreicht. Wesentlichen Anteil an

diesem Auftrieb hatten die Benzin- und Erdölpreise, die im abgelaufenen Jahr wegen der oben erwähnten Erdölkrisen in astronomische Höhen kletterten. Da nach dem Januar die Erdölpreise wieder zu sinken begannen, sank auch der Teuerungssatz, und zwar bis Ende April auf 8,7%. Klammt man das Heizöl und das Benzin aus, dann kommt man auf eine Teuerung von 7,1%, was immerhin noch respektabel, aber doch nicht mehr ganz so alarmierend ist wie die 11,6%. Es beginnen sich aber immer mehr Leute zu fragen, ob es unter den geschilderten Umständen überhaupt noch einen Sinn habe, zu sparen. Was nützen 4,5 oder 5% Zins auf einem Sparheft, wenn die Teuerung fast 9% ausmacht?

Diese Überlegungen – sie hatten zur Folge, dass den Banken immer weniger Spargelder zuflossen – und auch die Konjunkturdämpfungsmassnahmen des Bundes haben dazu geführt, dass im abgelaufenen Jahr die Zinssätze eine Höhe erreicht haben, wie das seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall war. Am besten lässt sich das an den Obligationen der Schweizerischen Eidgenossenschaft verfolgen. Im Jahre 1965 konnte der Bund eine Anleihe zu 4 1/4 % aufnehmen. 1966 war der Zinssatz auf 4 1/2 % gestiegen, und im März 1967 mussten 5% gewährt werden. Ein kurzer Rückgang der Zinssätze war von einem neu erlichen Aufstieg gefolgt; 1970 und 1971 5 1/4 % und 5 3/4 %, das sind die Stationen, die über eine nochmalige kurzfristige Senkung auf 4 3/4 % im Jahre 1972 zu der letzten Bundesanleihe vom Mai 1974 führten. Sie war mit einem Zinssatz von 7 1/2 % ausgestattet und fand doch nur sehr schwer Abnehmer.



Alexander Solschenizyn in der Schweiz

Der berühmte russische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger hat nach seiner Ausweisung aus der Sowjetunion in der Schweiz Wohnsitz genommen und konnte auch seine Familie nachkommen lassen. Unser Bild zeigt die Villa in Zürich, wo der Dichter nun wohnt und wo Schulkinder kleine Plakate angebracht haben, die den prominenten Gast vor dem um seine Person entstandenen «Rummel» bewahren sollen.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Als Folge dieser Zinserhöhungen am Obligationenmarkt werden nun auch die Hypothekarzinsen in Bewegung geraten. Bekanntlich ist der Hypothekarzins in der Schweiz immer ein sogenannter politischer Zins gewesen, also ein Zins, der mehr nach politischen Überlegungen als nach kaufmännischen oder markttechnischen festgelegt wird; das wird auch in Zukunft so bleiben. Die Schweiz weist die grösste hypothekarische Verschuldung aller Länder auf; pro Kopf der Bevölkerung betragen die Grundpfandschulden Fr. 16 900.–. Zum Vergleich: In Schweden, das den zweiten Rang in dieser Rangliste einnimmt, sind es Fr. 12 900.–, in den Vereinigten Staaten Fr. 10 340.–. Am geringsten ist die hypothekarische Verschuldung in Belgien, wo nur Fr. 1440.– auf den Kopf der Bevölkerung fallen, und in Österreich mit Fr. 1650.–. Alles in allem ist in der Schweiz die ungeheure Summe von rund 120 Milliarden Franken in Grundpfandtiteln angelegt. Aus diesen Zahlen ergibt sich klar, dass eine Erhöhung des Hypo-

thekarzinses nachhaltige Auswirkungen haben muss. Dennoch wird es sich nicht umgehen lassen, die Hypothekarzinsen ebenfalls zu erhöhen, und es ist vorgesehen, dies auf den Herbst 1974 zu tun. Damit wird aber erneut die Teuerung angeheizt, indem auch die Mieten wieder erhöht werden müssen und die landwirtschaftlichen Produkte ebenfalls teurer werden: ein Teufelskreis.

* * *

Überraschungen brachten die Bundesratswahlen vom 5. Dezember. Zurückgetreten waren die Bundesräte Tschudi, Bonvin und Celio, also je ein Vertreter der Sozialdemokraten, der Christlichdemokraten und der Freisinnigen. Alle drei Parteien bemühten sich, fähige Nachfolger zu finden, und erhoben ihre Kandidaten auf den Schild. In der ersten Wahl wurde aber anstelle des vorgeschlagenen Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Arthur Schmid, der Solothurner Willy Ritschard gewählt. Damit waren die Überraschungen noch nicht abgeschlossen. Auch bei den Christlichdemokraten wurde anstelle des offiziellen Kandidaten Ständerat Hans Hürlimann gewählt, und nach diesen zwei Überraschungen durfte auch die dritte nicht fehlen: Der freisinnige offizielle Kandidat Henry Schmitt, Polizeidirektor des Kantons Genf, blieb auf der Strecke und wurde vom bisherigen Lausanner Stadtpräsidenten Georges-André Chevallaz geschlagen. Beachtlich ist vor allem, dass mit Willy Ritschard ein ehemaliger Arbeiter – er hat den Beruf eines Heizungsmoniteurs erlernt – in die höchsten Ämter des Bundes aufgestiegen ist. Weniger

erfreulich war hingegen die Haltung des Parteivorstandes, dessen Mitglieder am Radio erklärt haben, sie seien überrascht gewesen, dass Bundesrat Ritschard aus freien Stücken und selbständig erklärt habe, er werde die Wahl annehmen. Offenbar war die Parteiführung der Meinung gewesen, Bundesrat Ritschard hätte sie vorher um Erlaubnis bitten sollen!

* * *

Auch der Kanton Bern hat im abgelaufenen Berichtsjahr seine Regierung neu bestellt. Die Grossratswahlen vom 5. Mai 1974 brachten erstaunlich wenig Veränderungen. Am meisten Haare lassen musste die Sozialdemokratische Partei, die vier Sitze verlor, während die Nationale Aktion für Volk und Heimat deren fünf gewann. Auch der Landesring ist unter den Verlierern, indem von den bisherigen fünf Grossräten drei ihr Mandat verloren. Es scheint, dass der Landesring, die Nationale Aktion und die POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) den sogenannten politischen Flugsand, die grosse Schar der Ewigzufriedenen, um sich zu sammeln wissen. Das sind aber sehr unzuver-



Bern hat eine Stadtschreiberin

Die neu als Stadtschreiberin von Bern gewählte Fräulein Elsbeth Schaad wird hier vom Büro des Stadtrates für 1974 umrahmt (von links: P. Gfeller, 2. Vizepräsident, H. Hubacher, Präsident, H. U. Hug, 1. Vizepräsident).

Photo Walter Nydegger, Bern

lässige Leute, so dass Stimmenverluste bei allen Wahlen ohne weiteres möglich sind. In den am gleichen Tag stattfindenden Regierungsratswahlen war Ersatz zu bestellen für die zurückgetretenen Regierungsräte Tschumi (Interlaken) und Moser (Wangen a. A.). Beide gehörten der Schweizerischen Volkspartei an, wie sich die bisherige Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei nun nennt. Mit sehr ehrenvollen Stimmenzahlen wurden als Nachfolger Dr. Bernhard Müller und Dr. Werner Martignoni gewählt. Mit Dr. Bernhard Müller zieht wieder einmal ein Mann in den Regierungsrat ein, der weder in der Gemeinde noch im kantonalen Parlament bis jetzt als Politiker hervorgetreten ist, ein Fall, der bei unseren politischen Verhältnissen eigentlich eher selten ist. Seinem Wirken schaut man mit Spannung entgegen. Der zweite der Gewählten, Dr. Werner Martignoni, hat sich als Gemeindepräsident von Muri und als sehr geschätztes Mitglied des Grossen Rates seit mehreren Jahren über die Partegrenzen hinaus einen sehr guten Namen geschaffen. Man darf froh darüber sein, dass sich zwei so fähige Köpfe den Wahlen in den Regierungsrat unterzogen haben und auch gewählt worden sind.

Daneben fanden wenig Urnengänge statt; in der Eidgenossenschaft ein einziger und im Kanton Bern deren zwei. Die eidgenössische Abstimmung vom 2. Dezember ging um die Bestätigung der Konjunkturdämpfungsmassnahmen, die ja bisher nur als Übergangsmassnahme vom Parlament gebilligt worden waren. Der Preisbeschluss, der Kreditbeschluss, der Baubeschluss und der Abschreibungsbeschluss wurden alleamt vom Volk mit erheblichen Stimmenzahlen



Drei neue Bundesräte werden vereidigt

Von links nach rechts: Georges-André Chevallaz (Lausanne), Hans Hürlimann (Zug) und Willy Ritschard (Solothurn).

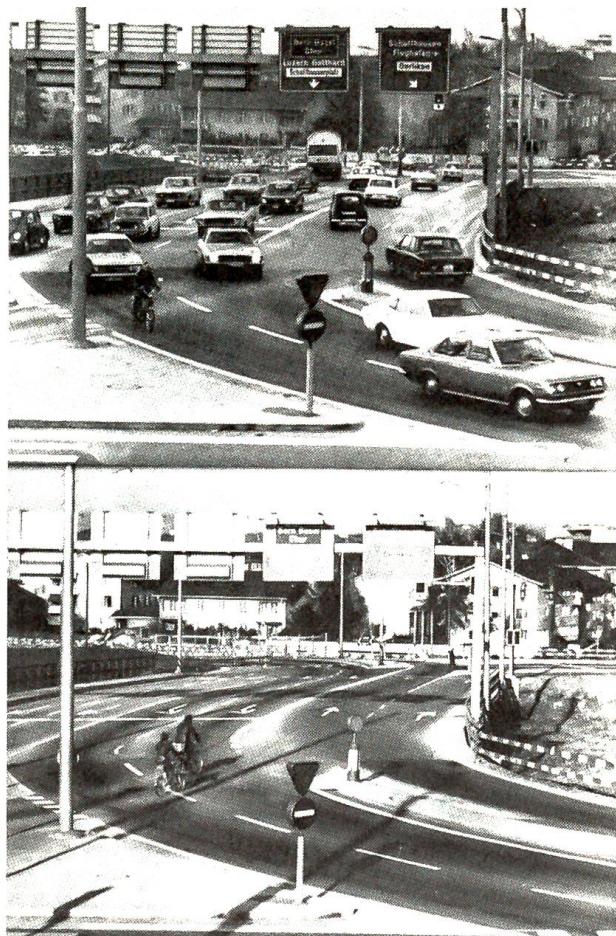
Photo Greti Oechsli, Bern

angenommen. Die Stimmabteiligung betrug 35%. Ebenfalls Gnade fand der Bundesbeschluss über einen Tierschutzartikel anstelle des bisherigen Artikels 25^{bis} der Bundesverfassung, der mit über 1 Million Ja gegen 200 000 Nein angenommen wurde. Im Kanton Bern wurde am 1. Juli über die Gesetze über das Forstwesen, über die Lehrerbesoldungen und über die Organisation des Kirchenwesens abgestimmt. Bei einer miserablen Stimmabteiligung von etwa 22% wurde das Gesetz über das Forstwesen knapp mit rund 70 000 Ja gegen 60 000 Nein angenommen, ebenfalls das Gesetz über die Lehrerbesoldungen. Verworfen hingegen wurde das Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens, dem der Souverän mit 68 521 Nein gegen 58 933 Ja die Genehmigung verweigerte. Es hätte in den Kirchengemeinden der evangelisch-reformierten Landeskirche den Ausländern das Stimmrecht eingeräumt. Die katholischen Kirchengemeinden hingegen hätten die Ausländer nicht als Stimmberechtigte aufgenommen, wohl des-

wegen, weil in kleineren katholischen Kirchgemeinden mit hohem Ausländeranteil sonst plötzlich die Ausländer den Ton angegeben hätten. Die Abstimmung vom 2. Dezember zeigte ein etwas besseres Bild in der Stimmabteilung, da ja am gleichen Tag auch noch eine eidgenössische Abstimmung stattfand. Beide Vorlagen wurden angenommen. Es ging dabei um eine Änderung der Verfassung des Kantons Bern, die es den Lehrern ermöglicht, auch in Zukunft in den Grossen Rat gewählt zu werden, und um das neue Spitalgesetz, das mit besonders wuchtiger Mehrheit angenommen wurde: 164 834 Ja standen 34 477 Nein entgegen.

* * *

Weiter oben haben wir von den Auswirkungen der Erdölkrise gesprochen. Es dürfte sich lohnen, hier festzuhalten, wie sich in der Schweiz dieses Zudrehen des Erdölhahns ausgewirkt hat. Im November verfügte der Bundesrat, dass Benzin nur noch in die eingebauten Tanks der Motorfahrzeuge eingefüllt werden durfte; Kanister konnten nicht mehr aufgefüllt werden. Ferner wurde eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/Std. auf allen Strassen, inklusive der Autobahnen, vorgeschrieben, was ebenfalls wesentlich zur Einsparung von Benzin beitrug. Schliesslich verfügte der Bundesrat am 21. November, dass für die folgenden drei Sonntage vom Sonntagmorgen 03.00 Uhr bis Montagmorgen 03.00 Uhr keine Autos mehr fahren durften. Diese autofreien Sonntage waren für grosse Teile der Bevölkerung eine wahre Wohltat; Studenten des Technikums Burgdorf machten sich sogar daran, Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, die zum Zwecke hatte, den Bundesrat aufzufordern, von nun an in jedem Monat einen autofreien Sonnabendfestzulegen. Es ist kaum damit zu rechnen, dass die nötige Zahl von Unterschriften zusammenkommt, aber schön wäre es gleichwohl. Benzin und Heizöl wurden ferner kontingentiert. Die Heizölpreise stiegen kometenhaft, um allerdings dann zu Beginn des neuen Jahres wieder ziemlich rasch abzusinken; es ist aber vorauszusehen, dass sie nie mehr den Stand erreichen werden, auf dem sie vor der Erdölkrise lagen. Grossen



Sonntagsfahrverbot

Die Ölkrise brachte auch der Schweiz im November und Dezember 1973 drei autlose Sonntage.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Einfluss hatte die Krise auch auf den Import von Motorfahrzeugen. Zum erstenmal seit langen Jahren gingen diese Importe zurück, und noch bis im März liess sich feststellen, dass wesentlich weniger Autos neu gekauft wurden als vor einem Jahr. Allerdings ist damit wohl nicht unbedingt gesagt, dass die Gesamtzahl der zirkulierenden Motorfahrzeuge zurückgehen wird, weil wahrscheinlich viele Leute einfach davon abgesehen haben, ein neues Auto zu kaufen und sich vorläufig noch mit dem alten behelfen. Nachdem seit einigen Jahren immer weniger Motorfahrzeuge über Winter stillgelegt wurden, zeigte sich dieses

Jahr erstmals wieder ein kräftiges Ansteigen der Zahlen. Vielleicht hat die Erdölkrisse hier doch ihr Gutes gehabt, indem sich manch einer wieder bewusst geworden ist, dass außer dem Auto auch noch andere Möglichkeiten zur Fortbewegung bestehen. Sicher auch ein positiver Beitrag zum Umweltschutz.

* * *

Den Abschluss der Weltchronik soll auch dieses Jahr wieder ein Strauss beliebig herausgegrifener Einzelmeldungen aus der Schweiz bilden. Ende November 1973 wurde im bernischen Grossrat in im ganzen Land stark beachteten Verhandlungen das sogenannte Jurastatut verabschiedet. Damit ist der Weg offen, gemäss einem Zusatzartikel zur Staatsverfassung, der am 1. März 1970 angenommen worden war, im Jura eine Volksbefragung über die Schaffung eines eigenen Kantons durchzuführen. Vorgesehen ist diese Volksbefragung für den 23. Juni 1974; sie dürfte zum Resultat führen, dass sich der Nordjura für eine Abspaltung von Bern, der Südjura indessen dagegen ausspricht. Die Würfel sind aber noch nicht gefallen, und Überraschungen sind keineswegs ausgeschlossen.

Am 17. Dezember entschied der Bundesrat über die Forderungen der Landwirtschaft. Inskünftig sollen im sogenannten Paritätslohn drei Wochen bezahlte Ferien und eine Woche bezahlte Feiertage berücksichtigt werden. Auch die Entlohnung der Samstag- und Sonntagsarbeit wurde verbessert.

Das hatte zur Folge, dass der Arbeitsverdienst in der Landwirtschaft um netto 5% gehoben werden konnte. Es ist durchaus verständlich, dass auch die Landwirtschaft an den ständig steigenden Löhnen teilhaben will und teilhaben muss, doch schlägt sich dieser steigende Lohn auch wieder in einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, insbesondere für Milch, Brot und Fleisch nieder. Der Bundesrat entsprach Ende April weitgehend den bäuerlichen Forderungen auf Heraufsetzung der Preise.

Die dritte Überfremdungsinitiative steht vor der Tür. Die von der Nationalen Aktion für Volk und Heimat eingereichte Initiative hat zum Gegenstand, den Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung bis Ende 1977 auf 500 000 Personen herabzusetzen. In keinem Kanton dürfte der Ausländeranteil 12% der schweizerischen Staatsangehörigen übersteigen. Der Bundesrat lehnte die Initiative entschieden ab; würde sie ange-



Grosse Bauerndemonstration vor dem Bundeshaus

Vor allem aus der Westschweiz, aber auch aus anderen Landesgegenden versammelten sich Mitte November 1973 Tausende von Bauern auf dem Bundesplatz, um gegen die zuwenig weit gehende Erfüllung ihrer Preisforderungen zu demonstrieren.

Photo Greti Oechsli, Bern

nommen, so hätten sämtliche Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung unser Land zu verlassen, und darüber hinaus noch etwa 80 000 Personen, die heute schon auf Grund einer Niederlassungsbewilligung hier in der Schweiz leben. Nicht nur die damit verbundenen menschlichen Härten wären untragbar; auch die schweizerische Wirtschaft könnte einen solchen plötzlichen Aderlass auf keinen Fall verkraften. Einmal mehr muss auf die Vernunft des Stimmbürgers gehofft werden, um so mehr, als die bisherigen Massnahmen des Bundesrates doch ganz beträchtliche Auswirkungen gezeigt haben. Der Ausländerbestand in der Schweiz konnte dadurch praktisch stabil gehalten werden. Im übrigen hat Nationalrat Schwarzenbach die Absicht bekundet, eine vierte Ausländerinitiative zu starten; die Unterschriftensammlung ist gegenwärtig im Gang.

Wenig bekannt dürfte sein, dass es seit einigen Monaten keine schweizerischen Militär- und Luftattachés auf unseren ausländischen Botschaften mehr gibt. Diese Bezeichnung ist durch «Schweizerischer Verteidigungsattaché» ersetzt worden. Gegenwärtig sind elf solche Attachés in 33 Ländern akkreditiert. 31 ausländische Staaten haben in Bern Verteidigungs- bzw. Militär-, Luft- und Marineattachés angemeldet.

Leider kann dieses Jahr nicht über allzu grosse Erfolge unserer Skifahrer an den Weltmeisterschaften berichtet werden. Nach dem Höhepunkt an den Olympischen Spielen in Sapporo folgte ein Tiefpunkt an den Weltmeisterschaften der Alpinen in St. Moritz. Keine einzige Gold- oder Silbermedaille und nur eine Bronzemedaille im Damenslalom: mit einer derart magern Ausbeute hatte wohl kaum jemand gerechnet. Der Schweizerische Skiverband hat unverzüglich Massnahmen getroffen, die es ermöglichen sollen, die Scharte schon beim nächsten Mal wieder auszuwetzen. Einmal mehr zeigte sich, welche Anteilnahme im ganzen Land solche Wettkämpfe erwecken können.

Eine interessante Zahl vermittelt das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Aus seinen Untersuchungen hat sich ergeben, dass schon im Jahr 1972 die Ausgaben für Feingebäck bei den Arbeiter- und Angestelltenfamilien rund das Doppelte derjenigen für Brot aus-

machten. Der Brotkonsum ist ganz allgemein gesunken, verzehrte doch eine Arbeiterfamilie 1962 noch 198,3 kg Brot, während es 1972 nur noch 135,5 kg waren. Gerade aus solchen Veränderungen in den Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung lässt sich auch schliessen, dass der heute geltende Lebenskostenindex in seiner Erfassung wenigstens zum Teil verfehlt ist. Als besonders stossend muss betrachtet werden, dass in dem Index auch die Kosten für alkoholische Getränke enthalten sind, womit zum Beispiel der Index ansteigt, wenn der Bundesrat zur Bekämpfung der Trunksucht (und um mehr Geld hereinzuholen) die Monopolgebühren auf dem Sprit erhöht! Es ist sehr zu begrüssen, dass der Bundesrat eine Totalrevision der Indexgrundlagen in Auftrag gegeben hat; denn die heute noch verwendeten Unterlagen stammen aus dem Jahre 1963 und seither haben sich doch Lebens- und Konsumgewohnheiten des Schweizers ganz wesentlich verändert.

LIEBE UND VERNUNFT

Als Waldemar die einzige Tochter von Möbel Liese, dem Millionär, geheiratet hatte, sprachen alle Freunde von einer Vernunfthehe. Denn Gabriele Liese konnte man beim besten Willen nicht als Schönheit bezeichnen. Zudem war sie ein halbes Dutzend Jahre älter als Waldemar.

Man stellte den jungen Ehemann zur Rede. «Wo denkt ihr hin?» empörte sich Waldemar, «ich habe geheiratet, wie es so üblich ist, zu gleichen Teilen aus Vernunft und aus Liebe.»

«Nanu?» staunten die Freunde, «Du willst uns das vielleicht nicht näher erläutern?»

«Aber gerne», erwiderte Waldemar.

«Passt auf, es ist doch ganz einfach. Meine Frau habe ich aus Vernunft geheiratet, ihr Geld aber aus Liebe ...»

ici